

## **Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode**

25. Sitzung Berlin,

Berlin, Donnerstag, 30. Januar 2003

### **Ausstieg aus dem alten System des sozialen Wohnungsbaus – Wirtschaftlichkeit und Mieterschutz verbinden**

**Vizepräsident Dr. Stözl:** Danke schön, Herr Kollege Eßer! – Für die SPD erhält das Wort der Kollege **Schimmler**. – Bitte schön!

**Schimmler (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Eßer! Für die nachfolgenden Generationen: Machen Sie sich nicht jünger, als Sie sind!

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Das würde noch die folgenden treffen. – Sie haben eines richtig dargestellt: Wir müssen die Anschlussförderung beenden. Das ist nachhaltig. Und das, was wir als Koalitionsfraktionen vorschlagen, ist, dass ab 2014/15 keine Mittel mehr in den Haushaltsplan eingestellt werden. Daran müssen wir auch in der Zukunft festhalten.

Allerdings sind alle nicht so unschuldig, wie sie heute immer tun. Die Grünen haben in der Debatte in der Tat auf vieles hingewiesen – die PDS war aus anderen Gründen nicht beteiligt. Aber auch Ihr Modell war häufig ein sehr etatistisches. Der „Tagesspiegel“ schrieb am 17. August 1991: „Sozialer Wohnungsbau soll im staatlichen Eigentum bleiben.“ Sie wollten nur 20 % aus Landesmitteln finanzieren, den Rest sollte der Bund bezahlen, aber auch aus Steuergeldern. Herr Senator Strieder hat eben zu Recht darauf hingewiesen, dass auch das Modell, das Sie jetzt anbieten, so nicht funktionieren kann, weil es möglicherweise überhaupt nicht billiger wird. Denn wenn Sie bei einer Insolvenz ein Grundstück billig ersteigern wollen, setzt das voraus, dass erst einmal eine Insolvenz eintritt. Und das heißt: Wir zahlen die Bürgschaft, und anschließend zahlen wir noch einmal für diese Häuser. Das kann doch auch nicht im Sinne des Erfinders sein.

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Und Herr von Lüdeke fordert den „geordneten Rückzug“. Aber so, wie er ihn fordert, ist er nichts anderes als eine modifizierte Anschlussförderung, wobei die Modifikationen noch nicht ganz klar sind. Das ist aber in der Tat auch nicht verwunderlich bei der FDP. Herr von Lüdeke hat seinen Begriff der Anschlussförderung auf 1972 gelegt. Eigentlich hat sie 1969 begonnen – man sollte sich in der Geschichte auskennen –, und da waren Sie noch beteiligt, wenn ich mich recht erinnere. Ich schlage Ihnen vor, Herr von Lüdeke, wenn Sie sich einmal darüber informieren wollen, wie schief das alles bei der Wohnungsbauförderung gelaufen ist, dann sehen Sie einmal in die Doktorarbeit von Herrn Hanauske an der TU Berlin 1993. Dort steht alles drin, dort können Sie nachlesen, was Ihre Parteifreunde dazu gesagt haben. Dass Sie heute nicht mehr viel dazu sagen können, das kann ich verstehen. Ich dachte, von Ihnen käme der Hinweis, es sei richtig, den Haushalt zu sanieren und dass wir endlich mit den Subventionen aufhören müssen. Dass ist normalerweise das Thema der FDP. Aber ich habe zwischendurch Befürchtungen bekommen, dass etwas kommt. Ich habe auf der Homepage der FDP-Bundestagsfraktion nachgesehen. Unter „Staatsdefizit“ wird auf „liberale Argumente“ verwiesen – das hört sich schon einmal gut an. Diese wiederum verweisen auf „Haushaltspolitik“. Dort kann man ein kleines Quadrat „Anzeigen“ anklicken, tut man das, kommt –: nichts. Das ist leider der Punkt an dieser Stelle.

[Beifall bei der SPD]

Meine Herren von der CDU! Herr Niedergesäß! Ein wenig muss man daran erinnern, dass die CDU – –

[Schmidt (FDP): Machen Sie mal einen Computerkurs!]

– Ja, kann ich Ihnen gern erteilen, damit Sie etwas suchen können, damit Sie in Ihrer Parteigeschichte fündig werden.

[Zurufe von der FDP]

Ich komme jetzt aber trotzdem zu den Ausführungen von Herrn Niedergesäß. Der kann sich nun tatsächlich in Unschuld wiegen, denn er war am Anfang nicht dabei, als die CDU das alles Mitte der 80er Jahre hätte ändern können.

[Pewestorff (PDS): Aber er war schon in der CDU!]

– Das ist er schon immer gewesen, unter anderen Bedingungen vielleicht.

[Niedergesäß (CDU): Bist du neidisch oder was?]

– Überhaupt nicht! – Die CDU hätte in den 80er Jahren – was jetzt als erstes ansteht ist die Anschlussförderung für die Jahre 1986 bis 1989 – eigentlich schon umsteuern können.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

– Dann hätte die CDU auch versuchen können, nach 1990/91, als Herr Diepgen in den Wahlkampf mit der Parole eingestiegen ist, die Wohnungszahlen noch einmal zu erhöhen,

[Niedergesäß (CDU): Das war Nagel, Senator Nagel!]

damit jede Partei möglichst die höchste Zahl in ihrem Wahlprogramm nannte, umzusteuern. Oder Herr Hassemer, der sich am 25. Januar 1992 im „Tagesspiegel“ äußerte und sagte, er blicke nach Nord-Osten und dort sollten endlich neue Teilstädte entstehen, und zwar im 1. Förderweg. Er hätte, mit dem Weitblick, der ihm immer nachgesagt wird, darauf hinweisen können, dass das so nicht weitergeht. Das ist alles nicht geschehen.

Heute haben Sie von der SPD-Fraktion, Frau Leder hat das ausführlich dargestellt, mitgeteilt bekommen, wie wir uns das vorstellen, nämlich die Konzentration darauf, was die Mieter angeht. Sie sehen, wie die Koalition handelt: Am Sonntag ist entschieden worden nach langer, schwieriger Debatte und heute legt Ihnen der Stadtentwicklungssenator minutiös vor, wie wir die Mieter schützen wollen. Das zeigt, dass diese Koalition handlungsfähig ist und die Interessen der Mieter, der großen Mehrheit in dieser Stadt, im Auge hat. – Danke sehr!

[Beifall bei der SPD und der PDS]